

Niederschrift

zur 34. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 06.12.2016	18:30-22:18 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Stephan Wende,

Fraktion DIE LINKE.

Käthe Radom als Vertretung für René Benz,

CDU-/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,

Rolf Hilke (ab 19:07 Uhr TOP 7),

Jens Hoffrichter,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe (ab 20:19 Uhr TOP 8.4) als Vertretung für Thomas Fischer,

Kai Hamacher,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,

Jürgen Luban,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker,

Sachkundige BürgerInnen

Heinz Almes,

Rolf-Peter Hooge,

Gordon Starcken,

Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,

Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement,

Jeannine Albrecht, Fachgruppe Stadtplanung,

Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Ulf Klett, Aldi-Immobilienverwaltung,

Dr.-Ing. Bernd Ettl, Architekt,

Florian Wilke, Stadthistoriker,

Uwe Stemmler, Märkische Oderzeitung,

Christian Engel, Bürger,
Roswitha Carlin, Bürgerin
sowie drei weitere Bürger.

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

René Benz (entschuldigt),

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer (entschuldigt).

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt, es sind neun Abgeordnete anwesend. Zwei Abgeordnete kommen aus terminlichen Gründen später.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift vom 13./20.09.2016

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift vom 11.10.2016

In der Niederschrift des öffentlichen Teils des Ausschusses vom 11.10.2016 soll der vorher stattgefundene Ortstermin an der Altstadtbrücke vermerkt werden.

Zustimmung mit Änderung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4.3 Bestätigung der Niederschrift vom 01.11.2016

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 5 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Aus Beiräten der Stadt werden keine Informationen gegeben oder Anfragen gestellt.

TOP 6 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende bittet alle darum, von ihrem Wahlrecht bei der Stichwahl um den neuen Landrat des Kreises am 11.12.2016 Gebrauch zu machen und auch andere dafür zu motivieren.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Christian Engel stimmt der Aufzeichnung und Veröffentlichung zu. Er ist Anwohner am **Altstädter Platz** und äußert seinen Unmut über die im derzeit ausliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 90 vorgesehene Mehrfamilienhausbebauung hinter dem Altstädter Platz, der größtenteils von ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern gesäumt wird. Er befürchtet Probleme für die heute ansässigen Anwohner. Schon der erste vorgestellte Entwurf mit drei Etagen war ungenügend, die jetzt angedachten vier Etagen findet er noch schlechter. Der ursprünglich im Jahr 2014 vorgelegte Bebauungsplanentwurf sah 14 Einfamilienhäuser vor. Auf der jetzt beplanten Fläche entspräche dies acht bis neun Gebäuden. Die geplanten 39 Eigentumswohnungen auf 6.000 m² Grundfläche bedeuten eine starke Verdichtung und zeigen seiner Meinung nach nur das Streben des Investors nach Profitmaximierung auf.

Er sieht sowohl Nachteile für den Tierschutz als auch für den **Spreeuferpark**. Die bestehenden Gebäude stehen etwa 40 m vom Spreeuferpark entfernt, was aufgrund gegenseitiger Beeinträchtigungen schon grenzwertig ist. Er befürchtet eine Vertreibung des Lebens aus dem Park durch die hier angesprochene Klientel, weil die geplanten Gebäude noch näher am Park stehen sollen.

Auch die **verkehrliche Erschließung** ist problematisch. Schon jetzt gibt es zur Stoßzeit lange Wartezeiten in der Eisenbahnstraße, wenn in den Goetheplatz eingebogen werden soll. Dies wird durch Parkplatzsucher und Ein- und Ausparkende verstärkt. Die Zuführung über die Berliner Straße ist auch nicht optimal. Es handelt sich um eine schmale Einbahnstraße mit Fahrradgegenverkehr. Durch die geschätzten 80 zusätzlichen Fahrzeuge würde sich die Situation zusätzlich verschärfen. Die Einwohner sind durchaus an einer Entwicklung interessiert, aber nicht mit Mehrfamilienhäusern.

Andere Projekte sollten bevorzugt entwickelt werden, z.B. Ecke Mühlen-/Schloßstraße, Cafe Dondé und an der Leistikowstraße. Herr Tschepe äußert, dass kurz- bis mittelfristig die benannten Grundstücke wahrscheinlich auch bebaut werden.

Herr Wende wünscht sich die förmliche Beteiligung der Anwohner im Verfahren mit den eingebrachten Argumenten. Herr Tschepe informiert, dass es sich derzeit um eine erneute frühzeitige Beteiligung handelt und eine **öffentliche Auslegung** folgen wird. Die erneute frühzeitige Auslage ist erfolgt, weil Flächen der Stadt für die Rahn-Schule aus dem Geltungsbereich herausgenommen wurden und Mehrfamilien- statt Einfamilienhäuser vorgesehen sind. Bis zum 30.12.2016 können Bedenken schriftlich eingereicht werden.

Anlass für die geänderte Planung ist, dass es im Stadtgebiet eine große Nachfrage nach Wohnungen in fußläufiger Entfernung zum Bahnhof und zum Marktplatz gibt. Auch schon für die geplante Bebauung besteht eine Nachfrage nach den Wohnungen. Der potentielle Investor hat sich zwischenzeitlich mit den Kleingärtnern geeinigt. Die **Kleingärten** stellen keinen hohen Naturschutzstandard dar, da eine starke Versiegelung besteht.

Herr Engel bittet die Abgeordneten auf den Stand der Planungen von 2014 zurückzugehen, da die Belange der ansässigen Anwohner Vorrang haben sollten. Herr Tschepe sagt, dass auch die jetzigen Anwohner von der zwangsläufig erforderlichen **Neugestaltung** des Altstädter Platzes profitieren würden. Es würde zudem auch eine neue Fuß- und Radwegeverbindung vom Altstädter Platz zum Spreeuferpark entstehen.

Herr Wende wünscht sich eine Zwischenverständigung zwischen Anwohnern und Investor. Er betont, dass es erklärtes Ziel ist, den Standort zu entwickeln.

Auch Frau Roswitha Carlin stimmt der Aufzeichnung und Veröffentlichung zu. Sie sagt, sie hätte als Anwohnerin bereits zweimal versucht, die Reparatur des **Gehwegs in der Lindenstraße** zwischen Luisenstraße und Bushaltestelle (ca. 120 m Länge) im Bürgerhaushalt zu beantragen. Der Antrag konnte nicht angenommen werden, weil die Kosten zu hoch seien. Der Gehweg ist in diesem Bereich in einem desolaten Zustand. Die Lindenstraße ist eine wichtige Einfallstraße und ihr Zustand repräsentiert auch die Stadt. Die Gehwegplatten im Bereich sind zerfressen und nicht zerfahren, an anderen Stellen hat die Stadt die Gehwege bereits repariert. Sie sieht die Stadt in der Pflicht zur Sicherstellung eines begehbaren Fußweges.

Herr Tschepe sagt, dass dies nur einer von vielen sehr schlechten Gehwegen ist. Bei der Erneuerung besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur anteiligen Beteiligung der Anlieger an den Kosten. Dies hat an anderen Stellen zu **massivem Widerstand** geführt. Die Lindenstraße soll ab 2017 beginnend am Bahnübergang von Osten nach Westen ausgebaut werden. Dazu sind die Fördermittel beantragt. Dieser Ausbau wird zu Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer führen. Der spezielle Bereich kann aber auch vorher gesondert betrachtet werden.

Herr Wende informiert als ehemaliger Anwohner, dass die im guten Zustand befindlichen Bürgersteige durch die Anwohner repariert wurden. Er fragt, ob die Bürgersteige möglicherweise schon vor der Fahrbahn gebaut werden könnten. Herr Tschepe benennt die Abhängigkeit von den verlegten Medien. Frau Kallin bestreitet, dass die Gehwege durch die Anwohner erneuert wurden. Zudem sei eine **Reparatur** kein umzulegender Ausbau. Sie vermutet, dass der schlechte Zustand bewusst herbeigeführt wird, um die Bürger an den Kosten beteiligen zu können. Herr Hemmerling sieht die Verantwortung bei der Stadt, da ihr die Sicherungspflicht der Wege obliegt. Er vermutet, dass eine Reparatur reichen würde. Herr Wende wünscht sich diesbezüglich die Präsentation einer fachlichen Bewertung in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses.

Frau Kallin fragt, warum in der **Geschwister-Scholl-Straße** ein neuer Belag aufgebracht wurde, wo der alte noch in Ordnung war. Herr Tschepe informiert, dass eine Prüfung ergab, dass sich der 20 Jahre alte Belag unter der Oberfläche zersetze. Es handelte sich um eine präventive Erneuerung, die nicht auf die Anlieger umgelegt wird. Auf die Nachfrage nach der Dauer der allgemeinen Gewährleistungsfrist antwortet Herr Starcken, dass diese vier Jahre beträgt.

Frau Kallin regt an, die **Satzung** der Stadt Fürstenwalde/Spree bezüglich der Beteiligung der Anwohner zu ändern. Im konkreten Fall verweist sie auf die Herstellungskosten, die für die Henry-Hall-Straße (Bebauungsplan Nr. 18) auch für die Grundstückseigentümer anfallen, die über die Dr.-Wilhelm-Külz-Straße erschlossen sind. Sie wünscht sich, dass die Eigentümer von doppelt erschlossenen Grundstücken nur zur Hälfte beteiligt werden, wie dies auch in anderen Gemeinden praktiziert wird. Die Henry-Hall-Straße wird auch nur für die neuen Grundstücke errichtet und nicht für die Alteigentümer. Herr Wende informiert, dass die Bürgerin in diesem Fall nicht antragsfähig ist. Die Fraktionen und die Verwaltung werden die Anregung mitnehmen. Es gibt weiterhin auch die Möglichkeit des Einwohnerantrages.

Herr Tschepe informiert, dass Gespräche mit den Eigentümern an der **Henry-Hall-Straße** stattfanden und die Eigentümer bis Jahresende Zeit für eine Stellungnahme haben. Die aktuellen Sachstände sowohl zur Henry-Hall-Straße als auch zur Beitragssatzung sollen in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Bebauungsplan Nr. 101 "Lebensmittelmarkt Ehrenfried-Jopp-Straße", 6/DS/418 hier: Auslagebeschluss (BE: Hr. Klett, Hr. Dr. Ettl)

Anhand einer Präsentation stellt Herr Klett die Pläne der Firma Aldi für ihren Filialstandort Ehrenfried-Jopp-Straße vor. Auf dem Grundstück, welches Aldi gehört, befindet sich ein 2002 errichtetes Marktgebäude mit 800 m² Verkaufsfläche. Da Aldi ein neues Warenpräsentations- und Gestaltungskonzept verfolgt, soll im Jahr 2017 innerhalb von 18 bis 19 Wochen dieses Gebäude durch einen **Neubau** ersetzt werden, der 1.200 m² Verkaufsfläche hat, was ca. 1.700 m² Geschossfläche entspricht. Das Gebäude ist ein neues Standardmodell. Die Erweiterung findet zulasten der bestehenden zentralen Parkplatzfläche statt, welche neu geordnet wird. Durch die Neuordnung und Einhausung der Anlieferungszone findet eine lärmtechnische Entlastung der Anwohner statt.

Eine Sortimentserweiterung soll nicht erfolgen, vielmehr soll der gewonnene Platz für breitere Gänge und eine übersichtliche und attraktive Präsentation der Waren dienen. Ebenso soll eine angenehme Einkaufsatmosphäre entstehen, indem der Verkaufsraum durch große Schaufenster tages-

lichtdurchflutet wird. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach und Wärmerückgewinnung sollen den Markt auch energetisch verbessern.

Herr Wende regt beim Marktneubau einige gestalterische Besonderheiten an, damit sich dieser von anderen Neubaumärkten unterscheiden. Herr Klett bemerkt, dass die Standardneubauten den Grundstücken angepasst werden, spezielle Wünsche aber durchaus erfüllt werden können, wenn diese konkret formuliert werden.

Frau Radom bemerkt, dass sie die Anzahl der angedachten, auf der Zeichnung ersichtlichen **Fahrradstellplätze** als zu gering erachtet, woraufhin Herr Klett ausführt, dass das Thema noch nicht abschließend ausgeplant ist. Die Anzahl kann angepasst werden, es werden jedoch mindestens genauso viele wie jetzt aufgestellt. Durch Verwendung von Bügelständern findet auch eine qualitative Verbesserung statt. Herr Luban ergänzt, dass nach seinen Beobachtungen die jetzige Anzahl an Fahrradstellplätzen deutlich zu gering ist, da in Spitzenzeiten die Menschen ihre Räder schon an die Wagenständer anschließen würden. Herr Klett bedankt sich für diese Information und wird entsprechende Anpassungen vorsehen.

Frau Radom erkundigt sich, inwieweit sich die Planer mit angrenzenden privaten Grundstückseigentümern abgestimmt hätten. Herr Klett sagt, weil sich die Lärmemissionen nicht verändern werden, war dies nicht notwendig. Durch die Neukonzeption des Parkplatzes wird auch die Zufahrt der Firma Statron, die über das Aldi-Grundstück erschlossen wird, begradigt.

Frau Radom fragt nach der im Parkplatzbereich befindlichen **Paketstation**. Diese wird für die Dauer der Baumaßnahmen abgerissen und anschließend im Bereich wieder neu aufgebaut, wie Herr Klett ausführt.

Herr Zänker bittet Herrn Tschepe darzustellen, inwieweit die Verkaufsflächenvergrößerung mit dem **Einzelhandelskonzept** übereinstimmt. Dieser stellt fest, dass die Verträglichkeit geprüft wurde und die Prüfungsunterlagen zur Auslage beiliegen. Es wurde ermittelt, dass die Erweiterung des Nahversorgers zu keiner Schwächung der Lagen Bahnhofsumfeld und Eisenbahnstraße führt. Herr Klett wiederholt, dass das Sortiment dem heutigen Umfang entsprechen wird.

Herr Hoffrichter gibt allgemein zu bedenken, dass die Verkaufsflächengröße nicht zwingend eine Aussage zur Sortimentsgröße darstellt. Herr Klett sagt, dass der **Trend** wieder zu kleineren Einkaufsmärkten geht. Und auch innerhalb der Märkte wird bspw. durch die Bereitstellung von kleineren Einkaufskörben auf die Bedürfnisse der Kunden reagiert. Am 09.01.2017 wird ein derartiger Standardmarkt in Erkner eröffnet und bietet die Gelegenheit, das Ganze zu begutachten.

Herr Hamacher fragt, welche Konsequenzen das Ausbleiben des Neubaus für Aldi hätte. Herr Klett sagt, dass dies wahrscheinlich langfristig zur Aufgabe des Standortes führen dürfte. Herr Hamacher meint, dass dies das zweite Mal innerhalb kürzester Zeit sei, in der gegen Einzelhandelskonzept verstoßen würde, und dass **andere Anbieter** keine derartigen Genehmigungen erhalten würden.

Herr Aulich fragt, ob ein **Kunden-WC** vorgesehen wird. Herr Klett sagt, dass es ein frei zugängliches WC geben wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 101 „Lebensmittelmarkt Ehrenfried-Jopp-Straße“ in der Fassung von November 2016 gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB öffentlich auszulegen.

Zustimmung Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.2 Nahverkehrskonzeption fortschreiben - Fürstenwalder Bedarf benennen 6/AN/409 und Interessen konsequent vertreten

Von der beantragenden Fraktion „Die Linke“ führt Herr Wende aus, dass es das Ziel des Antrages ist, den Landkreis aufzufordern, den Ende des Jahres auslaufenden Nahverkehrsplan des Kreises fortzuschreiben. Nach Auskunft des Landrates gibt es dazu keine rechtliche Pflicht, der Landkreis möchte dies dennoch tun, jedoch eventuelle **Gebietsstandsänderungen** (Kreis- bzw. Gemeindege-

bietsreform) abwarten. Da dies nachvollziehbar ist, soll der Antrag derart abgeändert werden, dass die im ersten Satz festgelegte Terminkette entfällt und keine Jahreszahlen genannt werden. In einem dialogischen Verfahren sollen die Kommunen und Bürger an der Fortschreibung beteiligt werden. Dazu müssten die Kommunen ihre Bedarfe darstellen. Herr Tschepe äußert sein Unverständnis darüber, dass der Kreis die Aufgabe eines Nahverkehrsplanes nicht als seine Pflicht ansieht. Hierzu sollen im Verfahren nähere Informationen eingeholt werden.

Herr Hilke sagt, dass er lange Beirat der Busverkehrsgesellschaft BOS war. Diese prüft kontinuierlich die **Fahrgastzahlen** und passt ihr Angebot entsprechend an. Er sieht daher keinen eigenen Bedarf der Stadt. Er fragt, ob nähere Informationen zu einer möglichen verstärkten Taktung des RE 1 bekannt sind. Diese hätte eine direkte Auswirkung auf den Busverkehr und sollte ggf. abgewartet werden. Herr Wende informiert, dass die an den BOS kommunizierten Bedarfe keine Rolle gespielt hatten. Alle bisherigen Planungen basieren auf dem bestehenden Nahverkehrsplan, weshalb dieser angefasst werden soll.

Herr Zänker bemängelt, dass insbesondere die Probleme beim **Schülerverkehr** in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen nicht gelöst werden konnten, da der BOS sich als unflexibel erwies. Zwar sind die Folgen, die das Benennen der Bedarfe hat, nicht klar, jedoch sollten Probleme bei den Verkehrssituationen gezielt angesprochen und gut aufgearbeitete Lösungen präsentiert werden.

Herr Hemmerling meint, dass trotz personeller Verbindungen zum BOS städtische Belange in der Vergangenheit **nicht berücksichtigt** wurden. Er empfiehlt den Druck zu erhöhen und das Thema nicht auf die Stadt zu beschränken (Bahnstrecke). Die SPD möchte in der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2016 einen Antrag einbringen, dass sich die Stadt um eine verbesserte Zug-Bus-Abstimmung bemüht.

Herr Hoffrichter merkt an, dass die Einforderung des 20-Min-Taktes des RE 1 zeitnah erfolgen müsste. Er zeigt auch sein Erstaunen über den zwiespältigen **Auftritt des BOS** im Stadtentwicklungsausschuss (19.07.2016) und beim INSEK-Abend (08.11.2016). Möglicherweise ist aufgrund des Beispiels aus dem Landkreis „Märkisch Oderland“, in dem der Busverkehr die Leistungsausschreibung verlor, der Druck auf den BOS gestiegen.

Herr Tschepe informiert, dass in das Thema Taktverkürzung des RE 1 Bewegung geraten ist. Der Streckenabschnitt Fürstenwalde–Berlin ist eine **kritische Strecke**, weil die Züge künftig regelmäßig überlastet sein werden. Weitere Informationen würden im Januar gegeben, wenn die Drucksache der SPD im Ausschuss behandelt werden wird.

Herr Aulich spricht sich für die Drucksache aus. Er regt **neue Linienführungen** an, da dies durch aktuelle und zukünftige Entwicklungen in der Ketschendorfer Feldmark, im Heideland und der Spreevorstadt notwendig wird.

Es wird über den Antrag ohne Jahresangabe abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde fordert den Landkreis Oder-Spree und den Kreistag auf, den Nahverkehrsplan des Landkreises fortzuschreiben.

Die Erarbeitung der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes soll im dialogischen Verfahren erfolgen. Dazu ist die Beteiligung der Kommunen des Landkreises ebenso zu gewährleisten wie die Einbeziehung und Beteiligung der Bürger*innen in Oder-Spree.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Bedarfsanalyse für den städtischen Busverkehr für die nächsten zehn Jahre zu erstellen, daraus die erforderlichen Maßnahmen abzuleiten und diese durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigen zu lassen. Diese sind als Fürstenwalder Zuarbeit für den Nahverkehrsplan des Landkreises Oder-Spree in die Debatte einzubringen. Die Beteiligung der Bürger*innen unserer Stadt bei der Erarbeitung des Bedarfsplanes ist zu gewährleisten. In Abstimmung mit den Umlandgemeinden wird im Bedarfsplan auch der Bedarf im überregionalen Busverkehr in der Stadt dargestellt.

Strategische Überlegungen die z.B. gerade im INSEK-Dialog oder auch im Dialogprozess zur Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes verabredet werden, sind in den Bedarfsplan "Städtischer Busverkehr" aufzunehmen.

Zustimmung mit Änderung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.3 Vorfahrt für Busse und Taxis am Bahnhof

6/AN/410

Herr Wende, von der beantragenden Fraktion, führt aus, dass das Aufstellen von Schranken mit digitaler Zugangsberechtigung eine Lösung für das Problem der **Falschbeparkung** im ZOB-Bereich durch Privat-Pkw sein könnte. Ein wesentlicher weiterer Punkt ist das Verorten des Taxistandes im Vorplatzbereich und das Anbieten der jetzigen Taxiplätze für den Bring- und Holverkehr mit privaten Fahrzeugen.

Herr Hilke findet den Ansatz grundsätzlich richtig, er geht aber davon aus, dass der geschätzte Bedarf von bis zu 20 Pkw-Stellplätzen nicht befriedigt würde. Daher würde er empfehlen, die Verortung der **Mehrstellplätze** zu benennen.

Herr Aulich befürchtet, dass sich die Busse an einer Schranke **stauen**. Das Aufstellen von Durchfahrtsverbot-Verkehrsschildern sei billiger.

Herr Hemmerling meint auch, dass die Anzahl der Taxistellplätze für den Pkw-Verkehr nicht reichen dürfte. Er sieht es höchstens als Interimslösung an und befürchtet ebenso Rückstaus. Nach seinen Beobachtungen ist der kleine **Parkplatz** auf der Vorplatzfläche selten ausgelastet und stellt ein Flächenpotenzial dar. Auch die heutige KWU-Fläche könnte nach dem Umzug des Unternehmens genutzt werden. Das Gelände der Deutschen Bahn AG westlich des Vorplatzes muss beachtet werden.

Herr Wende betont die dringende Notwendigkeit wegen der massiven Behinderungen des Busverkehrs. Autofahrer haben ein Anspruchsdenken entwickelt, was zu immer wilderem Parken führt. Die **Sicherheit** der Menschen sollte vorgehen.

Herr Hilke wünscht, dass die **Verwaltung** ein konkretes Konzept vorschlagen soll, über das abgestimmt werden kann. Bislang kommen die Vorschläge nur von den Abgeordneten. Aus seiner Sicht findet nur ein Herumdoktern an den Symptomen statt und die Schranke führt zu Staus. Die Kraftfahrer, welche keinen Stellplatz bekommen, würden zirkulieren und somit für Mehrverkehr sorgen.

Herr Hamacher stimmt Herrn Hilke zu und fragt, ob der Parkplatz in **Privatbesitz** ist. Er befürchtet, dass es Schwierigkeiten mit der Anfahrbarkeit geben könnte, falls der Besitzer den Parkplatz bspw. als Stunden-Parkplatz betreiben wollte. Er regt an, dass die Stadt in das Eigentum des Parkplatzes gelangt.

Frau Radom sieht das Heraushalten der Pkw als **größtes Ziel**. Die Schranke könnte eine gängige Lösung sein. Dauernutzer und Einsatzkräfte könnten über im Fahrzeug installierte Chips das automatische Öffnen der Schranke bewirken.

Herr Zänker bemerkt, dass das Vorfahren auf den Vorplatz nachts einen **Sicherheitsvorteil** darstellt. Er wünscht sich uhrzeittechnisch eine flexible Lösung. Frau Radom bemerkt, dass die Schranke nach 20 Uhr auch aufbleiben könnte.

Herr Hoffrichter bestätigt, dass sich alle in ihrer Intention einig sind. Die Schranke stellt eine zu prüfende Idee dar. Wenn andere **Lösungsansätze** gefunden werden, sollten diese präsentiert werden.

Herr Wende verweist auf den **Workshop**, der vor einem Jahr stattfand. An der Lage hat sich seitdem nichts geändert.

Herr Tschepe bemerkt, dass es eine einfache und preiswerte Lösung nicht gibt. Die Lösung einiger Probleme schafft an anderen Stellen neue Probleme. Die Verwaltung ist in der Pflicht, gute Vorschläge zu liefern, aber die Anschaffung der **Gelenkbusse** durch den BOS hat die Probleme ver-

schärft, da die Haltestellen nicht für Gelenkbusse gebaut wurden. Möglicherweise ist sogar eine kostenintensive Neuorganisation des Vorplatzes erforderlich.

Herr Wende sieht im **Stadt-Umland-Wettbewerb** eine Chance und den Auftrag zur Findung einer Lösung.

Herr Hemmerling verweist nochmals auch auf den Parkplatz in der Mitte des Vorplatzes. Herr Tschepe sagt die **Prüfung der Umsetzbarkeit** zu. Zur Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2016 wird die Rechts- und Vertragslage vorgelegt werden. Die Vor- und Nachteile der Varianten müssten auch für das Straßenverkehrsamt geprüft werden, damit dieses die Maßnahmen letztendlich genehmigt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Zufahrt zum Busbahnhof in Fürstenwalde (Südseite) durch eine Schranke an der Durchfahrt unter dem ehem. NCC-Tower zu regulieren.

Zufahrt erhalten somit nur noch Busse, Taxen, Rettungswagen, Feuerwehr und die Anlieger, die Mieter auf dem privaten Parkplatz bzw. Privatanlieger auf dem DB-Gelände sind.

Der Taxistand wird in den Innenraum verlagert. Am Ort des derzeitigen Taxistandes werden Kurzparkplätze eingerichtet.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Eigentümer des im Busbahnhof gelegenen privaten Parkplatzes Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, diesen in Eigentum der Stadt bzw. in Dauernutzung durch Pacht zu bringen.

Diese Fläche soll zeitnah in Nutzung für Taxen und für mehr Fahrradparkplätze, z.B. für Fahrradboxen, gebracht werden.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 8.4 Weiterer Handlungsbedarf im Domumfeld (Anfrage/Antrag der CDU-/FDP-Fraktion)

Der Antrag bzw. die Anfrage der neugebildeten CDU-/FDP-Fraktion umfasst vier Teilbereiche. Herr Tschepe informiert über die im Antrag dargestellten Sachverhalte:

Der erste Punkt umfasst die Fahrbahnoberfläche der Domgasse und eines Teils des Domplatzes. Hier wurde das historische **Kopfsteinpflaster**, ursprünglich nur als Behelfslösung, durch eine Asphaltdecke ersetzt. Eine ältere, noch anzupassende Planung sieht Kosten für die Pflasterung des Domplatzbereiches in Höhe von 66.000 Euro vor. Für Sicherungsmaßnahmen (Nahbereich Dom) müssten zusätzlich 50.000 Euro aufgewendet werden. Für die Pflasterung der Domgasse würden 60.000 Euro anfallen. Auch hier müssten die Sicherungsmaßnahmen stattfinden. Weil die formellen Voraussetzungen fehlen (Berücksichtigung Haushalt, Anmeldung bei Förderprogrammen), würden die Maßnahmen 2017 nicht gefördert werden.

Herr Starcken fragt, ob nicht schon bei der Herstellung der Asphaltdecke auf dem Domplatz der **Umgebungsschutz** galt. Hier bemerkt Herr Tschepe, dass dies nur als Behelfslösung vorgesehen war und aus unbekanntem Gründen die Pflasterung nicht wiederhergestellt wurde.

Herr Hilke sagt, dass die Pflasterung für den **Haushalt 2017** vorzusehen sei und ggf. in den Haushalt 2018 verschoben werden muss, dann aber eine höhere Chance auf Umsetzung hätte.

Auf Herrn Wendes Frage erklärt Herr Tschepe, dass die nicht in Anspruch genommenen **Sanierungsgelder** in die Alte Neuendorfer Straße und ins Kapitelhaus fließen und keine neuen Mittel zur Verfügung stehen. Unter Umständen könnte dies mit dem Programm „Stadtumbau Aufwertung“ gefördert werden.

Die Abgeordneten stimmen zu, dass Thema Pflasterung des Domplatzes mit den benannten Kosten in den Haushalt 2017 aufzunehmen.

Zustimmung Ja 7 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

Die **Beleuchtung** an der Katzentreppe (Punkt 2) würde Kosten in Höhe von 5.000 bis 6.000 Euro ergeben.

Die Abgeordneten stimmen einstimmig zu, die Errichtung der Beleuchtung der Katzentreppe in den Haushalt 2017 einzustellen.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die unter Punkt 4 angeregte Wiederherstellung des früheren **Museumseingangs** würde einschließlich des Wegebbaus 30.000 bis 40.000 Euro kosten. Da der jetzige Eingang mit Fördermittel errichtet wurde für die noch die Bindefrist läuft, müssten diese zurückgezahlt werden. Daher sollte hier abgewartet werden.

Der Antrag zur Umgestaltung des Museumseingangs wird wegen der Bindungsfrist der Fördergelder zurückgenommen. Es soll geklärt werden, wann diese ausläuft.

Zum Thema Kapitelhaus (Punkt 3) zeigt Herr Wilke anhand einer Präsentation den aktuellen Stand der Ausgrabungen am **Kapitelhaus**. Hier ändert sich die Lage täglich.

Die östliche Hälfte der mittelalterlichen Stadt stand in Beziehung zum Bistum Lebus. Ein zentrales, sehr **eindrucksvolles Gebäude** war das Kapitelhaus. Dieses wurde später in die Brauerei einbezogen. Das wahrscheinlich ursprünglich zweigeschossige Gebäude wurde dabei um ein Geschoss erhöht. Die Baudatierung wird durch die Verwendung alter Steine erschwert, welche wohl bei der Domsanierung 1908-10 anfielen. Viele Birnstabprofile deuten auf einen Errichtungszeitraum im 14. Jahrhundert hin. Im westlichen Bereich existieren flache Bögen als statischer Unterbau der mittelalterlichen Bögen. Auch zugemauerte Eingänge sind zu entdecken. Im östlichen Teil befindet sich ein kleiner Keller.

Es sind schon deutlich Witterungsschäden am seit Mai freiliegenden oberen Bereich auszumachen. Es gibt jüngere Durchbrüche und Ansatzpunkte einer Treppe. An einigen Entlastungsbogen fanden Abrisssteine eine Zweitverwendung. Da ein Teil eines Gewölbes weggebrochen ist, wurde die **Bau-stelle** gesperrt. Die „junge“ Mauer aus dem 17. oder 18. Jahrhundert erwies sich als instabil. Starke Verwurzelungen zwischen den Steinen erschweren das Freilegen und zersetzen die Bausubstanz.

Das Kapitelhaus hatte im Inneren vermutlich zwei Säulen im ersten Stockwerk. Es war ein Funktionsgebäude zum Dom. Für detaillierte Aussagen wären **weitere Forschungen** nötig.

Herr Tschape sieht im Kapitelhaus ein wertvolles historisches Relikt. Die Kellerverfüllungen wurden entfernt und der Zustand soll dokumentiert werden. Die Denkmalbehörde des Kreises möchte Keller mit unbelasteten Sandböden verfüllen. Dies dient sowohl dem Schutz der baulichen Reste als auch zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht. Der Aushub wird gesiebt. Das **weitere Vorgehen** soll geklärt werden. Ein Dachüberbau wäre teurer als das Verfüllen. Morgen wird diesbezüglich ein Ortstermin mit Fachbehörden stattfinden.

Herr Hilke bemerkt, dass eine **rote Tafel** nur sinnvoll ist, wenn die Grabung weiter offen bleibt. Wenn sie verfüllt wird, ist nichts mehr zu sehen. Für Touristen und Fürstenwalder wären die Informationen interessant. Ihnen sollte auch die Gelegenheit zur Besichtigung gegeben werden.

Herr Starcken wünscht sich **Hinweise für Interessierte**. So könnten am Bauzaun Luftbilder und Zeichnungen angebracht werden.

Herr Luban betont, dass dies ein **Zeugnis der Vergangenheit** in der Stadt sei. Er spricht sich dafür aus, die Reste nicht zu verfüllen, da wieder Verwurzelungen zu befürchten sind, die weitere Schäden nach sich ziehen. Der Ort könnte ein touristischer Höhepunkt werden. Das Verschütten und anschließende Ausgraben kostet doppelt Geld.

Herr Hemmerling sagt, dass die Fachleute über den Wert und das weitere Vorgehen entscheiden sollen. Eine Überbauung sollte **witterungsfest** sein.

Frau Radom fragt nach einer kurzfristigen Verfüllung, worauf Herr Wilke erläutert, dass dies eine **gängige Methode** darstellt. Die Mauerkronen müssen abgedeckt werden, dann würden sie nicht verwittern.

Herr Hoffrichter spricht sich kurzfristig für das Verfüllen als sinnvollste Lösung aus, verbunden mit dem Auftrag, mittelfristig eine bessere Lösung zu finden. Diese könnte in einer **Glasplatte** bestehen, die die baulichen Reste sichtbar macht.

Herr Wende wünscht sich ein Nutzungskonzept. Dazu könnten geeignete Planer an den Ort geführt werden. Herr Tschepe informiert, dass die Ausgrabung durch ein von der Landesdenkmalbehörde empfohlenes Büro begleitet wird. Eine **Dokumentation** wird auf jeden Fall erstellt. Am Ort könnte eine rote Tafel mit den Bildern aufgestellt werden. Alternativ könnte z.B. auch ein Teilbereich aufgemauert werden.

Herr Hilke spricht sich für ein Erlebbarmachen aus, dies sieht nicht unbedingt eine Nutzung vor. Auch Herr Starcken meint, dass eine Nutzung der Kellerräume illusorisch sei. Es geht um Sichtbarmachung. Er wünscht sich, dass der Ausschuss auf dem Laufenden gehalten wird. Herr Tschepe bemerkt, dass auch die **Sichtbarmachung** problematisch sein kann, wie am Beispiel der Glasabdeckung am nebenliegenden Brunnen zu erkennen ist. Diese ist bei kalter Witterung ständig beschlagen.

Auf die Abstimmung wird verzichtet.

TOP 8.5 Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, hier: 6/IV/419 Stellungnahme der Stadt Fürstenwalde/Spree

Herr Tschepe sagt, dass Änderungen an der Stellungnahme möglich sind. Sollten die Stadtverordneten Anregungen haben, müssten sie diese bis 09.12.2016 schriftlich an die Verwaltung liefern.

Herr Starcken wünscht sich, dass bei den „Transeuropäischen Netzen“ die **Binnenschifffahrt** stärker gewichtet wird. Er fragt, ob Fürstenwalde keinem kulturlandschaftlicher Handlungsraum zugeordnet ist und ob die unter Punkt 2.5.7. festgelegte Grenze von 5 % zusätzlicher Wohnraum ausreichend ist. Herr Tschepe stellt klar, dass Fürstenwalde als Mittelzentrum und „Zweite-Reihe-Stadt“ keine Restriktionen hat. Die Entwicklung der kompakten Stadt ist als Ziel formuliert.

Herr Hamacher fragt, ob in Fürstenwalde Beispiele für **Handelsagglomeration** bestehen, worauf Herr Tschepe feststellt, dass es kaum praktische Beispiele dafür gibt und daher auch ein anderes Vorgehen vorgeschlagen wird.

TOP 8.6 Einführung von Energiesparmodellen in Schulen, Kita- und Horteinrichtungen 6/DS/394

Herr Fettke verweist auch auf die Ziele der Klimaschutzgespräche. Er geht davon aus, dass die vorgeschlagene Maßnahme eine gute und kindgerechte Variante zum **Nahebringen** des Themas Energie an die Kinder und Jugendlichen ist. Unter Einbeziehung der Hausmeister sollen die Energieverbräuche gemessen werden. Eine Begleitung erfolgt durch das Institut und es finden Veranstaltungen in den Objekten statt. Die dadurch gewonnenen Einsparungen können nur geschätzt werden. 50 % kommen dem städtischen Haushalt, 50 % den Einrichtungen zugute.

Herr Wende erinnert daran, dass Frau Fiedler mit einem ähnlichen früheren Antrag im Sozialausschuss gescheitert ist. Er fragt, wie die Lernerfahrungen koordiniert werden sollen. Herr Fettke führt aus, dass in den Schulen jeweils eine Klasse mit dem Hausmeister, einem Lehrer/einer Lehrerin und einer Person vom Institut zusammenarbeiten werden. In den Kindertagesstätten werden alle Erzieherinnen richtig geschult. Sie sind zusammen mit den Hausmeistern die Ansprechpartner.

Herr Dippe wünscht sich mehr Informationen für die **praktische Umsetzung**. Dies betrifft, laut Herrn Fettke, sowohl Themen wie Energiesparen, z.B. durch Licht ausschalten, als auch Wassersparen und das Thema Heizung. So könnte die Raumtemperatur bestimmt werden, bei der sich die Kinder wohlfühlen. Auch die Themen Energieerzeugung und seine Folgen spielen eine Rolle. Herr Dippe befürchtet, dass der zusätzliche Aufwand für die Erzieher im Alltag zu Überforderung führt und dass andere Sachen zurückstehen. Herr Fettke betont, dass die Mitwirkung auf freiwilliger Basis passiert. Es gibt sowohl positive als auch negative Rückmeldungen.

Herr Starcken regt an, dass Bernhardinum mit einzubeziehen.

Herr Wende sagt, dass im Vorgängerprojekt „Wette“ die Einsparungen in Teilen behalten werden konnten. Die Erzieher könnten das Eingesparte „sichtbar“ machen.

Herr Hilke sagt, dass es für die Kinder und Jugendlichen interessant sein dürfte, die Hintergründe zur Wasser- und Stromversorgung erklärt zu bekommen. Herr Dippe fürchtet, dass es für Kita-Kinder zu früh sein könnte, da sie das Thema möglicherweise nicht verstehen würden. Herr Fettke sagt, dass dafür auch der Familienhintergrund wichtig ist. 5- bis 6-Jährige wären fähig zur **Auseinandersetzung mit dem Thema**. Herr Wende meint, dies könnten die Einrichtungen am besten einschätzen und Herr Starcken ergänzt, dass er die Erfahrung gemacht hat, dass auch kleinere Kinder sehr aufnahmefähig sein können.

Beschlussvorschlag:

Die Durchführung der Maßnahme „Einführung von Energiesparmodellen in Form eines Beteiligungsprämiensystems in Kindertagesstätten und Schulen“ und die Beantragung der Fördermittel über das Bundesförderprogramm zur Nationalen Klimaschutzinitiative werden beschlossen.

Zustimmung Ja 10 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.7 Integriertes Klimaschutzkonzept 2016-2021

6/IV/396

Herr Fettke verweist auf die vorgelegte Informationsdrucksache und bittet alle Stadtverordneten und Bürger, sich den Entwurf des Klimaschutzkonzeptes anzusehen und dazu zu äußern. Er wird in einigen Tagen auf der Internetseite der Stadt verfügbar sein.

TOP 8.8 Sachstand zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK)

Frau Albrecht berichtet, dass an vier Abenden thematische **Diskussionsveranstaltungen** stattfanden. Insgesamt gab es ein positives Feedback, da auch alle zu Wort gekommen seien. Insbesondere das Thema Mobilität stellt sich als ein zentrales Handlungsfeld heraus. Konsens gibt es zur Beibehaltung der kompakten Stadt. Die Protokolle der Veranstaltungen werden bis Ende der Woche im Netz verfügbar sein. Alle Teilnehmer bekommen einen Link, der für alle Protokolle gilt.

Am 07.02.2017 findet zwischen 16 und 20 Uhr der nächste Workshop statt. Daraufhin werden in den Stadt- und Ortsteilen die **Einwohnerversammlungen** abgehalten. Die Jugendbeteiligung ist für das erste Halbjahr vorgesehen. Der Zwischenbericht wird in den Ausschüssen vorgestellt.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Fettke informiert, dass durch die Bundesregierung eine neue **Ladesäulenförderung** beschlossen wurde.

Die bereits angekündigte Anhörung zur Benennung eines zweiten Privatweges in Fürstenwalde-Süd findet derzeit statt.

Anknüpfend an den SPD-Antrag (6/DS/309) berichtet Herr Tschepe über die Entwicklung zum Thema Stadtmöbelkonzept. Zum Teil wurde dieses Konzept sehr konsequent, zum Teil gar nicht umgesetzt. Die fehlende Umsetzung resultiert vielfach aufgrund der Anforderungen zu Ausschreibungen ohne Festlegung auf ein Fabrikat. Um künftig einheitliche Stadtmöbel erwerben zu können, bedarf es eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Produktfestlegung. Herr Wende sieht dieses Thema von nachgeordneter Bedeutung. Herr Hemmerling wünscht sich zwar eine Einheitlichkeit, sieht aber auch keine große Priorität. Herr Tschepe betont aber, dass eine Entscheidung wegen der Kosten und Praktikabilität wichtig ist und im ersten Schritt für die Papierkörbe vorbereitet wird.

Herr Fettke informiert über Hochbauvorhaben. An der **Sigmund-Jähn-Grundschule** (Fassadensanierung) sind die Arbeiten wegen des schlechten Wetters bis voraussichtlich April eingestellt wor-

den. Teilweise wurde bereits abgerüstet. Herr Almes fragt, ob es Nachträge wegen Polystyrolentsorgung gibt. Herr Fettke verneint dies, da die Dämmung mineralisch ist.

An der **Kita Matroschka** (Dachsanierung) haben die Arbeiten begonnen, ruhen aber auch momentan.

Aktuell findet eine öffentliche Ausschreibung zur Pflege, Wartung und Prüfung der **elektrotechnischen Anlagen** in den städtischen Einrichtungen statt. Als Ergebnis werden Einsparungen von 20 bis 30 % erwartet.

Am **Jagdschloss** wurden die ersten Arbeiten abgeschlossen. Die Horizontalsperre ist bis Ende der nächsten Woche fertiggestellt. Auf Wunsch, kann die Baustelle mit Herrn Fettke besichtigt werden.

Herr Tschepe informiert über Tiefbaumaßnahmen. Eine Reihe von Bauvorhaben könnten bei derzeitigen Witterungsverhältnissen zeitnah fertiggestellt werden. So ist der **Radweg** entlang der B 168 zur Lindenstraße fast fertig. Seine Fertigstellung wird für den 16.12.2016 erwartet. Allerdings müssten unter Umständen Markierungsarbeiten nachgeholt werden, da diese nur bei Trockenheit und Plusgraden ausgeführt werden können.

Auch die **Alte Neuendorfer Straße** soll Ende nächster Woche fertig gestellt sein. Die Ruine an der Ecke zur Seelower Straße ist soweit abgetragen, dass die Straßenarbeiten beendet werden können.

In der Ketschendorfer Feldmark wird nächste Woche die Verkehrsfreigabe der **Emma-Reich-Straße** zwischen Krausestraße und Heuweg erfolgen. Die anderen Straßen werden im Mai fertig sein.

Nach aktuellem Stand wird die Baumaßnahme August-Bebel-Straße im Bereich des Ketschendorfer Angers in einer Maßnahme in 2017 umgesetzt. Heute ist der Submissionstermin und der Zuschlag muss bis 09.01.2017 erfolgen.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Almes zeigt sich verwundert wegen der Grundstücksausschreibungen an der **Leistikowstraße** in der Märkischen Oderzeitung. Ihn überrascht die schnelle Entwicklung. Er hätte sich gewünscht, dass der Geschäftsführer der veräußernden GIP den Ausschuss über die Planungen informiert hätte. Herr Tschepe informiert, dass nur die Grundstücke angeboten werden, die nach Ansicht des Bauordnungsamtes nach § 34 BauGB bebaubar sind, während für die anderen Flächen ein Bebauungsplan notwendig ist. Die GIP hat als Gesellschaft von ihren Rechten Gebrauch gemacht. Herr Almes sieht in der GIP aber ein Instrument der Stadt und er wäre gern informiert worden. Herr Wende wünscht, dass der aktuelle Planungsstand im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt wird.

Die Entwicklung an der **Uferstraße** kann nur mit einem Bebauungsplan erfolgen.

Herr Hemmerling informiert, dass bezüglich der **Beleuchtung an der Hegelstraße** keine Aktivitäten festzustellen sind und wünscht Informationen über den aktuellen Sachstand. Herr Tschepe sichert diese zum 15.12.2016 (Stadtverordnetenversammlung) zu.

Herr Hoffrichter erfragt den m²-Preis der provisorischen Straßenbaumaßnahmen im Vogelsang und Amselweg als Baustraße für die Trebuser Straße.

Herr Tschepe informiert, dass die bestehende **Baustraße** entlang der Kreisbahn nach Abschluss der Baumaßnahme in der L 35 zwingend wieder zurückgebaut werden muss. Herr Wende wünscht sich die planerischen Voraussetzungen für die dauerhafte Errichtung der Straße.

An den Elternhaltestellen verblassen die „Rabenspuren“, wie Herr Wende informiert. Weiterhin möchte er einen Sachstand zu den Themen Radfahr-Schutzstreifen in der Langewahler Straße und Delle vor dem Jugendgästehaus in der Trebuser Straße. Hier führt Herr Tschepe aus, dass keine Tiefbaufirma derzeit Kapazitäten für Pflasterarbeiten hätte.

Herr Wende findet den Kurvenbereich in der **Eisenbahnstraße** (Bereich Fischerstraße) kritisch, woraufhin Herr Tschepe auf die Zuständigkeit des Landesbetriebes verweist, da es eine Landesstraße ist.

Herr Hamacher erinnert, dass sich die Projektentwickler am **Altstädter Platz** nochmals vorstellen wollten. Herr Wende regt Gespräche vor der eigentlichen Beschlussfassung an.

Herr Starcken fragt, warum im abgebrannten Eckhaus **Trianon-/Frankfurter Straße** keine Bautätigkeiten beobachtet werden können, woraufhin Herr Tschepe informiert, dass der Eigentümer noch keine Baugenehmigung hat.

Herr Hemmerling regt eine Sanierung der **Hegelstraße** durch das Landesstraßenamt an, da der Verkehr durch die Spurrinnen und Querrinnen Lärm verursacht.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:18 Uhr.

Stephan Wende

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer